



Die LDK am 3. Dezember 2016 möge beschließen:

L-01: Annahme des Koalitionsvertrags „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Berlin stimmen dem mit der SPD Berlin und DIE LINKE Berlin verhandelten Koalitionsvertrag über die Bildung einer rot-rot-grünen Koalition und Regierung für die 18. Legislaturperiode zu.

Begründung:

Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen. So heißt der Entwurf für den Koalitionsvertrag, auf den sich die Delegationen von SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen nach fast zweimonatigen Verhandlungen im Roten Rathaus verständigt haben (<http://bit.ly/2fnFyFN>).

Dieser Koalitionsvertrag enthält zentrale Weichenstellungen für einen politischen Neuanfang und Aufbruch in Berlin. Dafür haben wir seit langem gekämpft – jetzt werden grüne Inhalte, Konzepte und Ideen zu den gemeinsamen Schwerpunkten der rot-rot-grünen Regierungsarbeit. Die Koalition wird in die Modernisierung von Berlins Infrastruktur und Verwaltung investieren – und damit in die Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer Stadt. Wir leiten die Energie- und Verkehrswende ein und nutzen die Chancen der Digitalisierung. Wir sorgen für mehr Qualität in der Bildung und eine familienfreundlichere Stadt, für bezahlbaren Wohnraum, faire Entlohnung und wirtschaftliche Innovation. Und wir stärken Berlins Charakter als weltoffene Metropole durch eine Politik, die sich klar zu mehr Demokratie, gesellschaftlicher Vielfalt und echter Teilhabe bekennt.

Mit den drei Senatsressorts Umwelt/Verkehr/Klimaschutz, Wirtschaft/Energie/Betriebe und Justiz/Verbraucherschutz/Antidiskriminierung haben wir für diese Mammutaufgaben die entscheidenden Hebel und Ressourcen in Grüner Hand.

Wir investieren in eine bessere Infrastruktur für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie einen attraktiven, preisgünstigen und besser getakteten ÖPNV. Der Volksentscheid Fahrrad wird umgesetzt und das Straßenbahnnetz dichter. Wir sorgen mit einem eigenen Mobilitätsgesetz für mehr Verkehrssicherheit und eine gerechtere Aufteilung des öffentlichen Raums. Wir setzen unsere Ideen für eine gesunde Stadtnatur und den urbanen Klimaschutz um, etwa mit unserem 1000-Grüne-Dächer-Programm. Berlin wird grüner und damit noch lebenswerter.

Wir machen das bisherige Bonsai-Stadtwerk zu einem starken Klimastadtwerk und statten es mit genug Eigenkapital aus, um den Umstieg auf Erneuerbare und die energetische Modernisierung anzugehen. Angesiedelt ist es bei unserem künftigen Ressort Wirtschaft/Energie/Betriebe – genau wie die BVG, die Wasserbetriebe und die BSR. Die ökologische Modernisierung dieser Unternehmen kommt den Berlinerinnen und Berlinern im Alltag zugute – spürbar und sichtbar, Tag für Tag.

Wir reformieren mit grünen Ideen die Berliner Verwaltung, damit es auch auf den Bürgerämter wieder läuft. Wir treiben aber nicht nur die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, sondern auch der Berliner Wirtschaft voran, zum Beispiel mit unserer Digitalwende-Agentur. So fördern wir Berlins Gründer*innen, mittelständische Betriebe und die lebendige Start-Up-Szene.

Wir treten ein für das weltoffene und vielfältige Berlin – gerade in einer Zeit, in der Rechtspopulisten das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Dafür braucht es die richtige Balance zwischen Bürgerrechten und öffentlicher Sicherheit. Wir werden Diskriminierung konsequent bekämpfen, die direkte Demokratie stärken und für mehr Partizipation und Transparenz sorgen – zum Beispiel mit einem neuen Antidiskriminierungsgesetz und einem Stadtvertrag Beteiligung. Berlins Justiz gestalten wir bürgernäher und effektiver und auch die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher haben wir fest im Blick. Das und noch viel mehr haben wir auf 171 Seiten im Entwurf des rot-rot-grünen Koalitionsvertrags festgehalten und auch finanziell abgesichert.

Wir wissen, dass viele dieser Vorhaben keine einfachen sein werden. Nicht alles kann gleichzeitig oder von heute auf morgen passieren. Funktionierende Bürgerämter und Bezirke, die Sanierung und der Bau von Schulen, die Schaffung von mindestens 55.000 zusätzlichen landeseigenen Wohnungen oder die Unterbringung von Geflüchteten sind Mammutaufgaben, die diese Koalition gemeinsam stemmen will. Denn Gutes Regieren für die ganze Stadt heißt für uns, gemeinsam hart für die Umsetzung der politischen Versprechen zu arbeiten. Dieser Koalitionsvertrag legt dafür die Grundlagen. Jetzt kann die Arbeit beginnen.

Antragsteller*innen:

Landesvorstand
Ramona Pop
Antje Kapek